

Sollten Kinder weniger am Handy sein?

Ministerin Karin Prien stößt immer wieder Debatten über die Erziehung von Kindern an. Sie sagt, Eltern müssten mehr mit ihren Kindern spielen, mehr vorlesen. Das Handy habe wiederum im Kinderzimmer nichts zu suchen. Was die CDU-Politikerin vorhat.

VON MEY DUDIN

BERLIN Seit einigen Wochen wagt die neue Ministerin Karin Prien (59) immer wieder Vorstöße zu Fragen, die den Familienalltag betreffen. So sprach die CDU-Politikerin, die das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend leitet, vor einigen Wochen in einem Interview der „Zeit“ von ihrer Beobachtung, „dass bestimmte Erziehungsleistungen keine Selbstverständlichkeit mehr sind“. Sie denke da ans Vorlesen, ans gemeinsame Spielen und Reden. „Man kann auch weniger als früher voraussetzen, dass Eltern mit ihren Kindern Ball spielen oder schwimmen gehen. Das ist ein Problem“, sagte sie.

Aber wie allgemeingültig sind solche Beobachtungen? Silke Borgstedt, Geschäftsführerin am SINUS-Institut in Berlin, das Markt- und Sozialforschung betreibt, sagte unserer Redaktion: „In Familien wird

inzwischen sehr unterschiedlich gelebt, in Deutschland, aber auch in anderen Ländern. Es gibt nicht mehr das allgemeingültige Familienbild.“ Sie fügte zugleich hinzu: „Vorlesen war und ist ein Thema, das stark vom Bildungshintergrund und der eigenen Vorlese-Erfahrung abhängt.“ In Haushalten mit geringerer Bildung, aber aufgrund chronischen Zeitmangels durchaus auch in bildungshöheren gesellschaftlichen Milieus, gebe es ganz sicher das Phänomen, Kinder zur eigenen Entlastung am digitalen Endgerät zu parken. „Manche Kinder verein-



Bundesfamilienministerin Karin Prien (CDU)

FOTO: BOCKWOLDT/DPA

samen dabei regelrecht.“

Andere Familien hätten wiederum die Freizeit der Kinder komplett mit Aktivitäten durchorganisiert. „Dann gibt es den Trend in jungen, progressiven Milieus, ganz besonders viel Zeit mit den Kindern zu verbringen.“ Da gebe es trotz fortgeschrittener Stunde auch mal lange Vorlese-Sessions, wenn es gerade spannend sei und es würden gemeinsam die kleinen Wunder des Alltags entdeckt – auch um sich selbst zu finden. „Hier könnte man auch die Frage stellen: Ist das nicht übertrieben?“



Viele Kinder verbringen ihre Freizeit allein mit dem Smartphone. Fehlen echte Gespräche, Bewegung und Zuwendung, kann das ihre soziale und emotionale Entwicklung beeinträchtigen.

FOTO: ANNETTE RIEDL/DPA

In den 1980er- oder 1990er-Jahren seien Kinder selbstverständlicher ohne Aufsicht in der Nachbarschaft unterwegs gewesen, gab die Sozialforscherin zudem zu bedenken. „Die Eltern wussten häufig gar nicht, wo sie gerade waren. Heute haben viele Kinder Tracker bei sich und die Eltern sehen genau, wo sie

sind.“ Es gebe also beides: „Helikopter-Eltern, gleichzeitig auch eine Art Wohlstandsverwahrlosung, indem Kinder den ganzen Tag am Smartphone sitzen oder am Computer zocken“, so Borgstedt.

Ministerin Prien, die selbst drei Söhne hat, sagte in dem Interview auch, sie sehe Mütter und Väter, „die

beim Kinderwagenschieben ständig auf ihr Smartphone gucken“. Dabei sei erwiesen, wie wichtig Augenkontakt und Gespräche gerade mit kleinen Kindern seien. Sie will als Familienministerin für eine altersgemäße Beschäftigung mit Kindern werben. In einem anderen Interview mit dem Deutschlandfunk un-

terstrich sie: „Wenn es nicht gelingt, Kinder – und vor allem kleinere, jüngere Kinder – ohne übermäßige Bildschirmnutzung aufwachsen zu lassen, dann hat die Gesellschaft insgesamt versagt und die Kinder im Stich gelassen.“ So habe ein Handy bei einem Grundschulkind abends ganz sicher nichts im Schlafzimmer zu suchen. Prien wirbt überdies für ein bundesweites Verbot der privaten Handynutzung an Grundschulen, wofür aber die Bundesländer zuständig sind.

Im Koalitionsvertrag von Union und SPD heißt es: „Wir wollen sicherstellen, dass sich Kinder und Jugendliche in der digitalen Welt sicher bewegen können.“ Eine Expertenkommission soll eine Strategie erarbeiten. Prien will noch vor der Sommerpause einen Vorschlag dafür unterbreiten.

Sozialforscherin Borgstedt wies indes darauf hin: „Der Medienkonsum von Kindern hängt auch mit Unwägbarkeiten des Alltags zusammen. Ist die Kita geschlossen, steigt auch der Medienkonsum.“ Sie betonte: „Das sind Handy-Notfalltage: Die Eltern müssen noch Arbeit erledigen und lassen das Kind am Smartphone spielen, weil es ungeplant zu Hause ist.“ Generell gilt der Forscherin zufolge mit Blick auf die Eigenverantwortung der Eltern: „Wenn grundlegende Einrichtungen wie Schulen gut funktionieren würden, wären die Menschen viel eher bereit, auch ein erhebliches Maß an Eigenverantwortung zu tragen.“

Kanzleramtschef will den Bundesnachrichtendienst stärken

Thorsten Frei (CDU) setzt sich für eine Aufrüstung des Bundesnachrichtendienstes ein und verlangt eine Anpassung der Nationalen Sicherheitsstrategie.

BERLIN (dpa) Kanzleramtschef Thorsten Frei (CDU) hat sich für eine deutliche Stärkung des Bundesnachrichtendienstes (BND) und eine Überarbeitung der erst zwei Jahre alten Nationalen Sicherheitsstrategie ausgesprochen. Es sei „dringend notwendig“, den Auslandsgeheimdienst finanziell, technisch und rechtlich die Mittel an die Hand zu geben, um auf die neue Bedrohungslage reagieren zu können. „Das ist etwas, das wird uns in

dieser Legislaturperiode ganz sicher beschäftigen.“ In ihrem Koalitionsvertrag haben sich Union und SPD auf eine Stärkung von Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt verständigt, der BND ist nicht explizit erwähnt. Für die Arbeit aller Nachrichtendienste sollen aber die rechtlichen Grundlagen geändert werden – vor allem, um einen „effektiven und effizienten Datenaustausch“ zwischen den Diensten zu ermöglichen. Frei ist als Kanzleramtschef

im Kabinett für den BND zuständig.

Die Nationale Sicherheitsstrategie wurde erstmals von der Ampel-Koalition von SPD, Grünen und FDP im Juni 2023 nach langen Beratungen vorgelegt. Sie löste das Weißbuch zur Sicherheitspolitik des Verteidigungsministeriums ab, das zuletzt 2016 neu aufgelegt worden war.

Der heutige Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hatte bereits im Wahlkampf gesagt, dass er bei einem Wahlsieg innerhalb eines

Jahres eine neue Nationale Sicherheitsstrategie vorlegen wolle. Im Koalitionsvertrag hat sich das aber nicht niedergeschlagen.

„Eine solche Strategie muss auch regelmäßig überarbeitet werden und muss vor allen Dingen veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen angepasst werden“, sagte Frei. Auf einen Zeitplan wollte er sich aber nicht festlegen.

Der Kanzleramtschef machte auch klar, dass sich die Bundes-

regierung bei dem im Koalitionsvertrag verankerten Aufbau eines Nationalen Sicherheitsrats nicht unter Druck setzen lassen will. „Das ist nichts, was von heute auf morgen passieren kann“, sagte er.

Er warne davor, „jetzt irgendetwas über das Knie zu brechen“. Es gebe zwar eine veränderte Bedrohungslage. „Aber es ist sehr viel vernünftiger, so etwas grundständig, gut und funktionierend aufzusetzen, als permanent nachbessern zu müssen.“

Union und SPD wollen den Bundesratsrat zu einem Nationalen Sicherheitsrat im Kanzleramt weiterentwickeln. „Er soll die wesentlichen Fragen einer integrierten Sicherheitspolitik koordinieren, Strategieentwicklung und strategische Vorausschau leisten, eine gemeinsame Lagebewertung vornehmen und somit das Gremium der gemeinsamen politischen Willensbildung sein“, heißt es im Koalitionsvertrag.

Papst Leo XIV. will keine Form von Missbrauch dulden

VATIKANSTADT (kna) Papst Leo XIV. hat sich gegen jegliche Form von Missbrauch in der katholischen Kirche ausgesprochen. „Es ist dringend notwendig, in der ganzen Kirche eine Kultur der Prävention zu verankern, die keine Form von Missbrauch toleriert – weder Macht- oder Autoritätsmissbrauch noch Gewissens- oder spirituellen Missbrauch oder sexuellen Missbrauch“, schreibt der Papst in einem Brief an die Beteiligten eines Theaterprojekts zu dem Thema in Peru.

Diese Kultur könne nur dann authentisch sein, wenn sie aus aktiver Wachsamkeit, transparenten Pro-

zessen und aufrichtigem Zuhören gegenüber den Betroffenen entstehe, so der Papst weiter. „Heute erkennen wir diese Wunde in so vielen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, die dort verraten wurden, wo sie Trost suchten, und auch in denen, die ihre Freiheit und ihren Namen riskiert haben, damit die Wahrheit nicht begraben wird“, schreibt Leo XIV.

Damit richtet sich der Papst insbesondere an Journalisten: „Eine Kultur der Begegnung lässt sich nicht mit leeren Reden oder manipulierten Berichten aufbauen, sondern mit Fakten, die objektiv, ge-

nau, respektvoll und mutig erzählt werden.“ Die Verteidigung eines freien und ethischen Journalismus sei eine Pflicht für alle, die sich eine solide und partizipative Demokratie wünschen. „Wo ein Journalist zum Schweigen gebracht wird, wird die demokratische Seele eines Landes geschwächt“, so Leo XIV.

Papst Leo XIV richtete sich in seinem Brief an die Initiatoren eines Theaterstücks über die Geschichte der peruanischen Journalistin Paola Ugaz. Gemeinsam mit einem weiteren Journalisten deckte sie die Missstände in der katholischen Gemeinschaft Sodalitium Christianae Vitae,



Papst Leo XIV. spricht sich entschieden gegen die Vertuschung von Missbrauchsfällen in der katholischen Kirche aus.

FOTO: ANDREW MEDICINI/AP/DPA

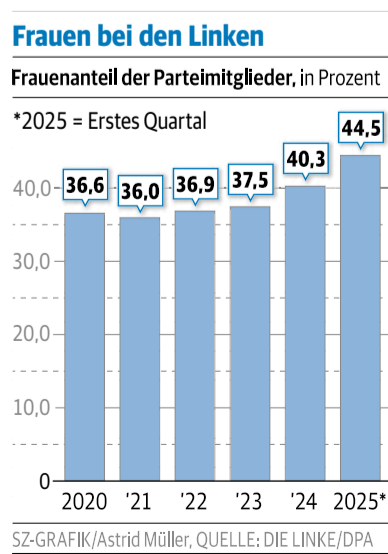
kurz „Sodalicio“, auf. Es folgten zahlreiche Angriffe und Klagen aus Reihen der Gruppe auf die Journalistin.

Eine darauf vom Vatikan angeordnete kirchenrechtliche Untersuchung brachte schweren Machtmissbrauch und sexualisierte Gewalt innerhalb der aus Peru stammenden Gemeinschaft ans Licht. Auch Veruntreuung von kirchlichem Eigentum wird den Beteiligten vorgeworfen. Kurz vor seinem Tod löste Papst Franziskus die Gruppe auf. Der heutige Papst Leo XIV. war bis Anfang 2023 Bischof in Peru und bekämpfte die Gemeinschaft entschieden.

Die Linke zieht vor allem Frauen an

BERLIN (dpa) Mehr Junge, mehr Frauen, mehr Westdeutsche: Die Linke hat sich seit Jahresbeginn quasi verdoppelt und deutlich gewandelt. Dies geht aus einer internen Mitgliederstatistik hervor, die der Deutschen Presse-Agentur vorliegt. Der Frauenanteil in der Mitgliedschaft stieg demnach seit 2024 um gut vier Prozentpunkte auf 44,5 Prozent. Fast 60 Prozent aller Mitglieder sind 35 Jahre oder jünger.

Nach vorläufigen Zahlen vom Freitag hat die Linke derzeit 115 623 Mitglieder – im Vergleich zu 58 532 Ende 2024. Seit 2013 hatte die Linke um die 60 000 Mitglieder, mit einer tiefen Delle in den Jahren 2022 (rund 54 200) und 2023 (rund



50 200). Nach dem Bruch mit dem Flügel um Sahra Wagenknecht, die eine eigene Partei gründete, legten die Zahlen wieder zu – mit einem rasanten Boom seit Jahresbeginn.

Für ihre Statistik analysierte die Partei die endgültigen Zahlen bis Ende März 2025 daraufhin, wer dazukam und wo. Ergebnis: Die westdeutschen Verbände von Schleswig-Holstein bis Bayern wuchsen überdurchschnittlich um jeweils mehr als 100 Prozent. Im Osten, wo die Partei traditionell stärker verwurzelt war, wuchsen die Landesverbände weniger, aber immer noch um ein Drittel oder mehr.

„Die Linke hat sich binnen eines Jahres verdoppelt, das ist ein Wahn-

sinnerfolg“, sagte die Bundesvorsitzende Ines Schwerdtner (35) zu den Zahlen. „Natürlich gilt: Wo es viel Bewegung gibt, gibt es auch Reibung. Aber ich sehe vor allem die Chancen.“ Viele neue Mitglieder wollten aktiv werden für Verteilungsgerechtigkeit, Frieden und sozial gerechten Klimaschutz und gegen die politische Entwicklung nach rechts.

„Was mich besonders freut ist, dass wir den Rechten den Rang abgelaufen haben bei jungen Menschen und bei den Frauen“, sagte Schwerdtner. „Wir sind jetzt, was den Mitgliederschnitt angeht, die jüngste Partei und die mit dem höchsten Frauenanteil.“

Missbrauchsbeauftragte fordert mehr Schutz im Netz

BERLIN (kna) Kinder und Jugendliche sollen im Internet nach dem Willen der Missbrauchsbeauftragten der Bundesregierung, Kerstin Claus, sichere Schutzräume haben. Es müsse sichergestellt werden, dass junge Menschen dort unter sich sein könnten, sagte Claus dem „Tagesspiegel“. Zugleich brauche es wirksame Schutzmechanismen, die in den jeweiligen Plattformen eingebaut werden müssten. „In der analogen Welt lebt der Kinder- und Jugendschutz von Sicherheitsstandards.“ Diese müssten ins Digitale überführt werden. Claus äußerte sich skeptisch zu einer Altersgren-

ze: „Social Media erst ab 16, das ist nicht die Realität des 21. Jahrhunderts.“

Notwendig sei ein Verständnis von Kinder- und Jugendschutz, das über eine Verbotskultur hinausgehe. Junge Menschen hätten ein Recht auf digitale Teilhabe. „Wenn ich einen definierten Raum habe, in dem klar ist, hier gelten Kinder- und Jugendschutzregeln, kann ich auch Chats anders kontrollieren und das Bildmaterial, das da getauscht wird.“

Produktion dieser Seite:

Dan Fischer
Vincent Bauer